



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe August 2017

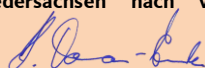
EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

es sind und waren dieser Tage hektische und spannende Zeiten im niedersächsischen Landtag. Der Verlust der Mehrheit hat rot/grün im denkbar schlechtesten Moment getroffen, und die Medien schauten bundesweit auf Hannover. Aber dieser Wechsel einer Abgeordneten ist ein greifbarer Beleg für das Scheitern der Regierung „Weil“. Die Abgeordnete Twesten hatte nach eigener Aussage über Wochen auf den unterschiedlichsten „Kanälen“ ihren grünen Kollegen bis hin zum Ministerpräsident auf die nach ihrer Auffassung nicht hinnehmbare Situation aufmerksam gemacht. Bei einer Einstimmigkeit wäre es Aufgabe der Fraktionsspitzen und des Regierungschefs gewesen, diese Warnsignale ernst zu nehmen und zu handeln. Hier liegt das Versagen eindeutig auf der Seite der alten Mehrheitsfraktionen. Und nun herrscht Einigkeit: Am kommenden Montag werden wir im Rahmen einer Sondersitzung die Auflösung des Landtages beschließen und am 15. Oktober wird der Souverän - der Wähler - sprechen. Wir sollten selbstbewusst, aber keinesfalls überheblich in diese Wahl gehen. Die CDU Niedersachsens ist gut vorbereitet. Der Entwurf unseres Regierungsprogramms ist derzeit in der Beteiligung, und wir haben die richtigen Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen. Kai Seefried und ich sind bereit, für weitere fünf Jahre Verantwortung zu übernehmen und hoffen auf ihre Unterstützung.

Wir wollen Niedersachsen nach vorne bringen.



Deutschland vor der Wahl – Jetzt geht es auch um die Zukunft Niedersachsens!

Rot-Grün in Niedersachsen ist gescheitert. Nach nur 4,5 Jahren ist die Einstimmen-Mehrheit von SPD und Grünen im Niedersächsischen Landtag am Ende. Rot-Grün ist an der eigenen Politik, an den eigenen Inhalten und Positionen und an der eigenen Unfähigkeit gescheitert. Der Wechsel der Grünen Landtagsabgeordneten Twesten in die CDU ist hier nur der Schlusspunkt einer ganzen Reihe des Versagens.

Eine gute Entwicklung für Niedersachsen

Es sind die großen Themenbereiche, wie die Schulpolitik mit einer immer weiter sinkenden Unterrichtsversorgung, die innere Sicherheit, die Asyl- und Flüchtlingspolitik, in der Rot-Grün keine gemeinsame Position entwickeln konnte, die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, die erneut Projekte wie die A20 ausgebremst hat und eine verheerende Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Wir haben als CDU-Fraktion die Landesregierung hier systematisch getrieben. Es sind die Themen, falsche Entscheidungen und schlecht gemachte Gesetze, die es Rot-Grün vermutlich ohnehin schwer gemacht hätten, die letzten 5 Monate der laufenden Wahlperiode durchzuhalten. Daher darf schon festgestellt werden, dass die aktuellen Entwicklungen gut für unser Land sind. Laufende Gesetzgebungsverfahren des Landtages, die massive Einschränkungen gerade auch für unsere Region bedeutet hätten, wie z.B. eine Neufassung des Wassergesetzes oder das vollkommen überzogene Transparenzgesetz, werden den Landtag jetzt nicht mehr passieren.

Neuwahl des Niedersächsischen Landtages am 15. Oktober 2017

Der Wechsel von Elke Twesten in die CDU-Fraktion verschafft uns jetzt zum Ende der Wahlperiode gemeinsam mit der FDP eine Einstimmigkeit im Parlament. Bei allen Unterstellungen, mit denen derzeit von Rot-Grün gearbeitet wird, sollte man immer wieder entgegen, dass wir uns diesen Mehrheitswechsel eben nicht zunutze gemacht haben, um die Landesregierung abzulösen, Bernd Althusmann zum Ministerpräsidenten zu wählen und die Ministerposten zu besetzen. Genau diesen Weg haben wir nicht gewählt, sondern haben von Beginn an deutlich gemacht, dass jetzt die Entscheidung über die Zukunft unseres Landes und die zukünftige Landesregierung in die Hände der Niedersachsen gelegt werden soll. Alle Vorwürfe und Angriffe, wie die

Behauptungen, es gebe eine lang angelegte Intrige, Machtbesessenheit, undemokratisches Verhalten und Hinterzimmerpolitik sind mit der wirklichen Faktenlage nicht zu belegen und gut zu entkräften. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass die Niedersachsen schneller entscheiden können und die Landtagswahl mit der Bundestagswahl zusammengefasst wird. Leider wollen der noch amtierende Ministerpräsident und auch die Landeswahlleiterin sich nicht mehr an ihre ersten Aussagen erinnern, dass dies auch möglich ist. Es liegt hier wohl insbesondere am grünen Koalitionspartner der Landesregierung, der einen gemeinsamen Wahltermin absolut verhindern wollte. Aufgrund der dann geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken hat man sich dann auf den Wahltermin 15. Oktober 2017 verständigt.

Jetzt gemeinsam für Bund und Land

Vor uns liegt jetzt eine spannende und herausfordernde Zeit mit einem engagierten Bundestagswahlkampf, mit der vollen Unterstützung für unsere Bundestagskandidaten und natürlich unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und einem nahtlosen Übergang in drei weitere Wochen Landtagswahlkampf. Wir sind hierfür organisatorisch gut aufgestellt und müssen jetzt gerade in Niedersachsen wieder die politischen Themen und die Inhalte in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stellen. Vor uns liegt die Chance auf eine weiterhin CDU-geführte Bundesregierung und auf einen Regierungswechsel in Niedersachsen, der unser Land endlich wieder nach vorne bringt.

Wir brauchen jetzt umso mehr Ihre und Eure Unterstützung

Jetzt heißt es aber umso mehr Kräfte bündeln. Wir brauchen wirklich jede Unterstützung. Vor uns liegt zwar eine relativ kurze, aber ganz sicher heftige und intensive politische Auseinandersetzung im Rahmen der beiden Wahlkämpfe. Bitte werben Sie bei jeder Gelegenheit bei Freunden, Bekannten und Familie für die CDU. Gerade in der jetzigen Entwicklung in Niedersachsen lohnt es sich, neue Mitglieder zu werben und damit unsere Politik und die Chance auf den Wechsel weiter zu unterstützen. Wir brauchen viele Helfer an den Infoständen, für die Plakatierung und Kampagne in den nächsten 2 Monaten. Wenn Sie hierzu Fragen haben oder Ihre aktive Unterstützung anbieten möchten, wenden Sie sich bitte gerne an die Geschäftsführung unseres Kreisverbandes, Herrn Matthias Schulze-Hoffmann unter Tel. 04141-51860 oder per Email an info@cdu-stade.de.

Gerade die Landtagswahl 2013, die uns allen noch gut in Erinnerung ist und zu der knappen Einstimmigen Mehrheit für SPD und Grüne führte, sollte uns Mahnung und Beleg dafür sein, dass es wirklich auf jede einzelne Stimme ankommt. Auf jede Einzelne!

Kai Seefried MdL
Vorsitzender CDU Kreisverband Stade



Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Björn Thümmler TOP 2) Auflösung des Niedersächsischen Landtages



- Es gilt das gesprochene Wort! -

Heute stellen wir hier im Niedersächsischen Landtag die Weichen für einen längst fälligen politischen Neuanfang in unserem Bundesland.

Ich hoffe sehr, dass diese Botschaft auch auf der Regierungsbank ankommt, die sich um die Rechte des Parlaments in den vergangenen 4 ½ Jahren wenig geschert hat!

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern: Allein die CDU-Fraktion musste sechs Mal vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg klagen, um grundlegende Rechte dieses Parlaments durchzusetzen:

Ich nenne beispielhaft:

- das Recht auf Aktenvorlage,
- das Fragerecht und
- das Recht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Es gilt an dieser Stelle, mit einer Legende aufzuräumen, an der der noch amtierende Ministerpräsident seit letzter Woche eifrig strickt. Tatsache ist: Diese rot-grüne Landesregierung war lange vor dem „schwarzen Freitag“ ins Straucheln geraten!

Zerfallserscheinungen und mangelnder Gestaltungs- und Entscheidungswillen dieser Koalition waren für aufmerksame Beobachter schon seit vielen Monaten erkennbar.

Ich nenne beispielhaft:

Die Schlagzeile der Braunschweiger Zeitung vom 10.6.2015: nach dem OVG-Urteil zur Lehrermehrarbeit:

„Lehrstunde für Weil

Nordwest-Zeitung vom 12.6.2015:

„Politik sorgt für Chaos an Schulen“

Rundblick vom 22.2.2016:

„Niedersachsens Haltung zum Asylpaket II völlig unklar.“

HAZ vom 29.2.2016

„Neue Autobahnen – Streit bei Rot-Grün.“

Nordwest Zeitung vom 13.2.2017:

„Neues Wassergesetz spaltet Koalition“

Nordwest-Zeitung vom 12.3.2017:

„Krach um Küstenautobahn“

Weser-Kurier vom 18.4.2017:

„Lust auf Rauferei – Ein Jahr vor der Landtagswahl werden die Auseinandersetzungen der rot-grünen Regierungskoalition härter“

HAZ vom 24.6.2017, nach neuen Enthüllungen in der Vergabeaffäre:

„Hat Weil noch alles im Griff?“

Ich denke, diese wenigen Schlagzeilen sprechen für sich!

Tatsächlich ist die Abschlussbilanz von Rot-Grün gekennzeichnet durch

- das fortlaufende Chaos an den Schulen,
- den katastrophalen Unterrichtsausfall,
- schwere Versäumnisse in der inneren Sicherheit,
- das rot-grüne Stillhalteabkommen zu Lasten der Infrastruktur in diesem Land,

Dazu kommen Ämterpatronage, Genossenfilz und Vergabeaffären.

Noch im Wahlkampf hatte der Spitzenkandidat der SPD vollmundig versprochen: „Anpacken. Bessermachen“.

Im rot-grünen Regierungsalltag wurde daraus dann „Liegenlassen - später machen.“

Die Zahl von rund 40 rot-grünen Gesetzesinitiativen in der Warteschleife – das grenzt doch an Arbeitsverweigerung!

Großen Worten folgten allzu oft nur kleine oder gar keine Taten.

Uns so frage ich Sie:

Warum ist denn das neue Polizeigesetz, das der Innenminister und die Justizministerin im Januar vollmundig ankündigten, noch immer nicht beratungsreif?

Was wir dazu gestern in der Landespressekonferenz vom Vertreter des Innenministeriums gehört haben, grenzt wirklich an „Fake News“: Es liegt in Sachen SOG gerade nichts vor, worüber der Ausschuss oder der Landtag in Gänze abschließend entscheiden könnte!

Ich frage ebenso:

Wo ist denn die beratungsfähige Novelle des Ladenöffnungsgesetzes, auf die die Kommunen und viele Einzelhändler so dringend warten?

Da werkelte das Ministerium an einem ersten Entwurf, der von allen Beteiligten in der Luft zerrissen wurde. Mit spitzen Fingern wurde die Novelle schließlich dem Landtag überantwortet. Viel zu spät, quasi auf der Zielgeraden, produzieren Sie Gesetzentwürfe am Fließband, deren handwerkliche Qualität dazu noch schlecht ist.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang den Rundblick vom 10.5.2027

„Landtagsjuristen fühlen sich von Flut an Gesetzen überfordert.“

Das alles hat doch auch mit fehlender Steuerung und Koordinierung durch die Staatskanzlei zu tun. Das fällt damit in die Verantwortung dieses Ministerpräsidenten!

Tatsache ist:

Von Anfang an regierte bei Ihnen der Schlendrian.

Das Regierungsgeschäft war ein fortdauernder Reparaturbetrieb.

Seit Freitag befindet sich Niedersachsen nunmehr im vorgezogenen Wahlkampf. Frau Modder hat den Wahlkampf letzte Woche öffentlich ausgerufen. Und diesen Wahlkampf – auch mit all seinen Schattenseiten - hat der Ministerpräsident höchst selbst eröffnet. Er führte sich auf wie ein Rumpelstilzchen. Dieser Auftritt letzten Freitag war unsouverän. Und er war – wie wir heute wissen – Teil einer inszenierten Empörung.

Um auch hier jedweder Legendenbildung vorzubeugen:

Für die Klimavergiftungen in den letzten Tagen waren vor allem Sozialdemokraten verantwortlich.

Herr Oppermann, Herr Heil, Herr Tanke oder Sie, Herr Weil:

Sie alle sprachen von Intrigen und Verrat – absurden Unterstellungen, für die es keinerlei Anhaltspunkte gibt. Sie sollten endlich anerkennen, dass es eine Abgeordnete aus den Koalitionsfraktionen gibt, die aus freien Stücken diesen Weg gegangen ist. Ein demokratischer Vorgang!

Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie mit Ihren Unterstellungen mit den Boden bereitet haben für die abgründigen, teils menschenverachtenden Kommentare in den sozialen Netzwerken?!

Liegt es wirklich außerhalb Ihrer Vorstellungskraft, dass Ihnen jemand aus den Koalitionsfraktionen wegen inhaltlicher Differenzen am Ende die Gefolgschaft verweigern könnte?

Wovon war die rot-grüne Regierungszeit sonst noch geprägt?

Ich nenne

- die Paschedag-Affäre,
- die durchsichtige Kampagne um angeblich rechtswidrige Speicherpraxis im Verfassungsschutz,
- die Edathy-Affäre und die noch immer ungeklärte Rolle von Mitgliedern der Landesregierung,
- die Vergabeaffären der Staatskanzlei und des Wirtschaftsministeriums.

Ich erinnere ebenso an

- den völlig übertriebenen Jagdeifer im Fall des Präsidenten der Landesschulbehörde, der sich tatsächlich nichts zuschulden kommen ließ, dessen Dienstwagen man aber heimlich mit Peilsendern bestückte und dessen Wohnung man durchsuchte.
- die öffentliche Vorverurteilung des Celler Generalstaatsanwalts zu einem Zeitpunkt, als der Chef der Staatskanzlei wegen des Explosionsunglücks in Ritterhude in höchste Bedrängnis geraten war,
- die Einschüchterung von Landesbeamten: seien es Lehrer, seien es Polizeibeamte – durch ihre jeweiligen obersten Dienstherrn,
- nicht zuletzt der vollzogene Rücktritt zweier Staatssekretäre.

Deshalb: Von Ihnen brauchen wir nun wirklich keine Nachhilfe in Sachen Moral und Anstand!

Für uns Christdemokraten kann ich sagen:

Wir werden uns nicht in eine Schlammschlacht hineinziehen lassen.

Wir wollen und wir werden die nächsten Wochen über Inhalte reden.

- Wir wollen, dass endlich wieder Ruhe einkehrt an unseren Schulen. Wir wollen erreichen, dass wieder genügend Unterricht erteilt wird. Wir werden ebenso das Kindeswohl in den Mittelpunkt der Bildungspolitik stellen.
- Wir wollen Niedersachsen wieder sicher machen. Wir wollen Polizei und Verfassungsschutz alle notwendigen Instrumente an die Hand geben, um die Bürger wirkungsvoll zu schützen. Vor allen Dingen auch schützen vor Chaoten, die die Krawallen in Hamburg angezettelt haben!
- Wir wollen dem ländlichen Raum wieder Entwicklungsperspektiven geben. Wir machen notwendige Veränderungen mit den Landwirten und nicht gegen sie!

Wir werden unserer Verantwortung auch dadurch gerecht, dass wir notwendige Haushaltsmittel für die Flutopfer gerade nicht blockieren.

Genauso stellen wir uns dann - mit der gebotenen Demut, aber voller Zuversicht am 15. Oktober dem Wähler.

Seefried: Rot-grünes Bildungschaos: Heiligenstadt hat Überblick und Steuerung über Schulbetrieb verloren

Hannover. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, hat Kultusministerin Heiligenstadt vorgeworfen, den Überblick und die Steuerung über den niedersächsischen Schulbetrieb verloren zu haben.

„Nach viereinhalb Jahren Rot-Grün stehen wir in der Schulpolitik vor einem Scherbenhaufen“, sagte Seefried im Rahmen der Aktuellen Stunde. „Die Unterrichtsversorgung ist im fünften Jahr in Folge gesunken – auf vermutlich rund 98 Prozent. Mehrere hunderttausend Stunden vorgesehener Unterricht können nicht erteilt werden.“



Hinzu komme nach Angaben des Philologenverbands, dass aktuell mehr als 1.000 Lehrkräfte vorübergehend an Grundschulen unterrichten müssten. Seefried: „Das sind 200 mal so viel wie in den Vorjahren. Chaos und Verunsicherung sind an Niedersachsens Schulen unter Rot-Grün an der Tagesordnung.“

So könnten bis jetzt – zwei Wochen nach Beginn des neuen Schuljahres – viele Schulen noch immer keinen verlässlichen Stundenplan gestalten. „Statt endlich auf die Realität an den Schulen zu reagieren, redet sich die Kultusministerin die Lage weiterhin schön“, so Seefried. „Neben dem Starrsinn bei der Arbeitszeit, erleben wir Irrsinn bei der Inklusion. Ideologie steht bei SPD und Grünen vor dem Kindeswohl. Rot-Grün hat sich bildungspolitisch selbst abgeschafft. Zum Glück können sich die Niedersachsen bei der vorgezogen Neuwahl jetzt früher für den dringend notwendigen Neubeginn in der Schulpolitik entscheiden.“

Oesterhelweg: Soforthilfe für Hochwasseropfer beschlossen: Landesregierung muss jetzt schnell auszahlen



Hannover. 50 Millionen Euro für die Opfer des jüngsten Hochwassers – trotz der aktuellen Regierungskrise haben die Fraktionen im Niedersächsischen Landtag einstimmig die angekündigte Finanzhilfe beschlossen. Für CDU-Fraktionsvize Frank Oesterhelweg erfüllt der Landtag damit seine Pflicht: „Viele Menschen, deren Häuser und Betriebe unter Wasser standen, stehen vor dem Ruin. Ihnen zu helfen ist unsere besondere Verantwortung.“ Einen besonderen Dank richtete er zudem an alle Bürgerinnen und Bürger, die unermüdlich im Einsatz waren: „Sie alle haben geholfen, Menschen und deren Hab und Gut zu schützen.“

Ursprünglich hatte die rot-grüne Landesregierung nur 25 Millionen Euro angesetzt – angesichts der enormen Schäden sind die Soforthilfen auf Druck von CDU und kommunalen Spitzenverbänden nun verdoppelt worden. Oesterhelweg forderte das Umweltministerium auf, umgehend die erforderlichen Ausführungsbestimmungen vorzulegen: „Die Soforthilfe muss einfach, schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden. Jetzt steht die Landesregierung in der Verantwortung.“

Für den Fall, dass der nun beschlossene Betrag in Höhe von 50 Millionen Euro nicht ausreiche, werde die CDU-Fraktion eine weitere Aufstockung beantragen: „Wir haben zwar Reserven eingeplant, doch noch immer sind nicht alle Schäden dokumentiert. Eventuell werden wir noch einmal nachlegen müssen“, so Oesterhelweg.

Dammann-Tamke: Falsche Daten und mangelhafte Aufsicht: Meyers Fipronil-Aufklärung ist inszeniert

Hannover. Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke, hat Landwirtschaftsminister Meyer in der Aktuellen Stunde des Landtages vorgeworfen, die Abgeordneten im Zusammenhang mit dem Fipronil-Skandal falsch informiert und dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vorhandene Daten nur unzureichend übermittelt zu haben. „Obwohl Anfang August eine im Mai entnommene Probe positiv getestet wurde, hat Meyer im Rahmen seiner Unterrichtung am 9. August behauptet, dass alle 280 Proben negativ gewesen seien.“ Auch dem Bund habe er nicht alle angeforderten Daten zur Verfügung gestellt: „Niedersachsen hat gerade einmal eine Handvoll Ergebnisse übermittelt. Meyer lässt den Bund und die anderen Bundesländer damit im Stich.“



Der CDU-Agrarexperte weiter: „Meyer ist der König der Inszenierung. Wie schon beim Dioxin-Skandal geht der Landwirtschaftsminister erst medienwirksam in die Offensive, um anschließend mit erschreckendem Unwissen zu glänzen. Nicht nur, dass er eine positive Probe verschwiegen hat – auch war die Fipronil-Belastung der untersuchten Eier in der Spitze um das Siebenfache höher, als er in der Unterrichtung mitgeteilt hatte. Meyer kennt wie immer seine Zahlen nicht. Darüber hinaus hat der Minister den Verbrauchern bisher erfolgreich verschwiegen, dass seit Mitte Mai mindestens acht Millionen Eier von niedersächsischen Häfen in die Lebensmittelkette gelangt sind. Transparenz sieht anders aus.“

„Es ist Aufgabe des Landes, Lebensmittelkontrollen durchzuführen und deren Ergebnisse ernstzunehmen. Dem ist Meyer nicht ausreichend nachgekommen. Stattdessen schiebt er die Verantwortung nach Berlin“, so Dammann-Tamke.

TERMINE KAI SEEFRIED

19. August 10.45 Uhr

Schützenfest Bützfleth – Kranzniederlegung und Schützenfrühstück

19. August 14.00 Uhr

Einweihung Hybridsportplatz Assel

19. August 19.00 Uhr

Eröffnung Holkfestival im Stadeum

21. August 11.00 Uhr

Sonderplenum in Hannover

22. August 9.45 Uhr

MIT-Wirtschaftsreise Oldendorf-Himmelpforten

25. August 17.00 Uhr

Eröffnung Haus Klosterfeld in Himmelpforten

29. August 17.30 Uhr

Landesausschuss der CDU in Niedersachsen

3. September 11.00 Uhr

100 Jahre SoVD in Kutenholz

9. September 15.30 Uhr

Eröffnung Apfelsaison in Jork

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

19. August 9.30 Uhr

Schützenfest Harsefeld

20. August 10.00 Uhr

Altstädter Apfellauf in Jork

21. August 11.00 Uhr

Sonderplenum in Hannover

25. August 17.00 Uhr

Eröffnung Haus Klosterfeld in Himmelpforten

25. August 19.00 Uhr

JU-Stammtisch in Jork-Estebrügge

27. August

Gewerbeschau in Apensen

3. September 11.00 Uhr

100 Jahre SoVD in Kutenholz

9. September 15.30 Uhr

Eröffnung Apfelsaison in Jork

Zur von Innenminister Pistorius geäußerten möglichen Aufhebung des Verbots von Pyrotechnik in Fußball-Stadien sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke:

„Pyrotechnik in Fußball-Stadien ist hochgefährlich und hat dort nichts verloren. Es ist völlig verantwortungslos, dass der Innenminister trotz der jüngsten Vorfälle in Rostock auch noch laut darüber nachdenkt, Ultras und anderen Chaoten eine eigene Spielwiese in den Stadien einzurichten. Um Sicherheit in Fußball-Stadien zu bekommen, braucht es neben den wichtigen Fan-Projekten eine klare Ansage des Rechtsstaats: Meldeauflagen für bekannte Gewalttäter, die sich vor und während einer Partie bei der Polizei melden müssen und gegebenenfalls die Erteilung von Stadionverboten.“



IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 5186-11

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de